

Landtagswahl 26. Sept. 2010

**zuhören
helfen -
umsetzen**

KPÖ
wirkt

Claudia Klimt-Weithaler, Liste 3

SCHWARZ-GRÜN LÄSST ALARMGLOCKEN LÄUTEN

Droht Privatisierung der Pflegeheime?

Die schwarz-grüne Stadtregierung lässt die Statuten der Stadt Graz ändern, um den Verkauf von Pflegeeinrichtungen und die private Geschäftemacherei mit Pflege zu erleichtern.

An den ehemaligen Pflegeheimen von Gemeinden (z.B. Trofaiach, Knittelfeld) verdienen private Betreiber prächtig; mit dem Geld der Gepflegten und den Zuschüssen des Landes. Ähnliches droht nun auch in Graz. Am 23. März hat der Landtag eine Statutenänderung für Graz beschlossen. Privatisierungen bei der Daseinsvorsorge sollen künftig einer 2/3-Mehrheit im Gemeinderat bedürfen. Allerdings werden die Geriatrischen Gesundheitszentren

und Pflegeheime der Stadt von dieser Regelung ausgenommen. Ein Schelm, wer Böses denkt?

Der KPÖ-Abgeordnete Ernest Kaltenegger ist skeptisch: „Die Pflegeeinrichtungen gehören unbedingt geschützt. Privatisierung und Geschäftemacherei in diesem Bereich sind ja in unserem Bundesland keine Besonderheit. Dass unsere Bedenken vom Tisch gewischt wurden, lässt die Alarmglocken läuten.“

Der „Privatisierungsschutz“ lässt sich bequem umgehen, indem Einrichtungen einfach an die stadteneigene Schuldenverwaltungsfirma GBG (Grazer Bau- und Grünlandsicherungsgesellschaft) ausgegliedert werden. Dadurch verliert Gemeinderat die Kontrolle über das öffentliche Eigentum. Die GBG versilbert auch regel-

Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ-Landtagsabgeordnete): „Die Geschäftemacherei mit der Pflege verhindern!“



mäßig Immobilien, die einst der Stadt gehörten.

Es ist zu befürchten, dass sich die Rathauskoalition mit der Verschönerung der Pflegeheime das eine oder andere Prestigeobjekt finanzieren möchte. Dabei zeigt die Erfahrung, dass private Pflegeheime die öffentliche Hand teuer kommen. Das Pflegeheim-Imperium des BZÖ-Politikers Harald Fischl etwa hat Anteile an seinen Häusern um gutes Geld an den

deutschen Immac-Pflegefonds verkauft. Der verspricht seinen Anlegern knapp 200% Rendite in 25 Jahren – aus dem Pflegegeld und unserem Steuergeld.

Auf Antrag der KPÖ hat der Landtag erst im Dezember 2009 beschlossen, in Zukunft nur noch auf öffentliche oder gemeinnützige Träger zu setzen. Nur die ÖVP stimmte dagegen. „Jetzt haben sich auch die Grünen und die SPÖ der ÖVP-Haltung angeschlossen. Wir stehen einer Koalition der Privatisierer gegenüber, die ihre eigenen Beschlüsse nicht ernst nimmt. Im Interesse der GrazerInnen muss alles getan werden, damit einer Geschäftemacherei mit den Pflegeheimen nicht Tür und Tor geöffnet wird“, so KPÖ-Klubchefin Claudia Klimt-Weithaler.